



# Euro-Reform-Monitor

Reformpolitik  
und Haushaltssanierung  
unter der Lupe



Deutsche  
Auslandshandelskammern

|             |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|-------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Copyright   | Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
| Herausgeber | © Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.   Berlin   Brüssel<br><br>DIHK Berlin:<br>Postanschrift: 11052 Berlin   Hausanschrift: Breite Straße 29   Berlin-Mitte<br>Telefon (030) 20 308-0   Telefax (030) 20 308 1000<br><br>DIHK Brüssel:<br>Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts   B-1000 Bruxelles<br>Telefon ++32-2-286 1611   Telefax ++32-2-286 1605<br><br>Internet: <a href="http://www.dihk.de">www.dihk.de</a> |
| Redaktion   | Alexandra Böhne, <a href="mailto:boehne.alexandra@dihk.de">boehne.alexandra@dihk.de</a><br>Dr. Dirk Schlotböller, <a href="mailto:schlotboeller.dirk@dihk.de">schlotboeller.dirk@dihk.de</a><br>Heiko Schwiderowski, <a href="mailto:schwiderowski.heiko@dihk.de">schwiderowski.heiko@dihk.de</a>                                                                                                                                   |
| Stand       | Juli 2014                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |

# Euro-Reform-Monitor\*

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise haben etliche Staaten Maßnahmen zur Haushaltssanierung und zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeleitet. In einigen Ländern sind die Erfolge bereits sichtbar: Irland, Spanien und Portugal konnten den Rettungsschirm wieder verlassen. Auch Griechenland macht Fortschritte, wenngleich wirtschaftliche Situation sich immer noch als schwierig erweist.

Insgesamt geht der Defizitabbau voran. Die meisten Staaten haben im Verlauf des letzten Jahres die konjunkturelle Trendwende geschafft und an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Der DIHK erwartet für 2014 ein Wachstum in der Eurozone von bis zu 1,3 Prozent, nachdem das BIP des Euroraums 2013 noch um 0,4 Prozent geschrumpft ist. Derzeit droht trotz der erkennbaren positiven Effekte der Reformen eine Aufweichung des Kurses. Das zeigen die Reaktionen in manchen Ländern nach der Europawahl und die Diskussion um mehr Flexibilisierung im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die Politik darf sich nicht der Illusion hingeben, man könnte Wachstum durch Ausgabenprogramme einfach kaufen. Impulse können nur von der Privatwirtschaft kommen – hier sind gute Investitions- und Beschäftigungsbedingungen das A und O. Ziel muss deshalb sein, die in etlichen Ländern geplanten wachstumsfördernden Maßnahmen endlich umzusetzen, ohne die Haushaltskonsolidierung aus dem Blick zu verlieren. Gerade die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte oder der Abbau von Bürokratie müssen weiter vorangetrieben werden. Auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit müssen die Regierungen energisch angehen. In Frankreich steht eine überzeugende Reformagenda noch immer aus – und auch die Haushaltskonsolidierung. Zudem ist Deutschland dabei, seine Rolle als Reform-Impulsgeber für Europa zu verlieren. Wichtige Reformen z.B. bei der Rente und auf dem Arbeitsmarkt werden teilweise wieder aufgeweicht. Damit riskiert Deutschland auch Glaubwürdigkeit in Europa.

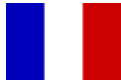
Der Euro-Reform-Monitor zeigt, welche Schritte bereits unternommen wurden, welche geplant sind und welche Ergebnisse erzielt wurden. Der DIHK hat die Übersicht mit Unterstützung der Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) zusammengestellt.

\* ohne Gewähr

# Inhalt

|                 |          |
|-----------------|----------|
| Zusammenfassung | Seite 5  |
| Portugal        | Seite 6  |
| Frankreich      | Seite 10 |
| Spanien         | Seite 14 |
| Italien         | Seite 19 |
| Irland          | Seite 23 |
| Griechenland    | Seite 26 |
| Zypern          | Seite 30 |

# Zusammenfassung



|                     |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|---------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Portugal</b>     | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Portugal hat Rettungsschirm im Mai 2014 verlassen</li> <li>• Konjunkturelle Trendwende bereits im 2. Quartal 2013, Exportwachstum 2013 +6,1%, Arbeitslosigkeit geht zurück</li> <li>• Kürzungen bei Ausgaben der öffentlichen Verwaltung (Gehälter, Pensionen, Sonderzuschläge, Weihnachtsgeld)</li> <li>• Erhöhung des Renteneintrittsalters Erhöhung der Wochenstunden im Staatsdienst von 35 auf 40</li> <li>• Mehrwertsteuererhöhung von 21 auf 23%</li> <li>• Verringerung der Feiertage und des Urlaubsanspruchs</li> </ul>                                                                           |
| <b>Frankreich</b>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaft schrumpft zumindest nicht mehr, Arbeitslosigkeit geht nur langsam zurück, Defizitabbau geht nicht voran</li> <li>• Erhöhung der Umsatzsteuer</li> <li>• Reduzierung anderer Steuern und Abgaben</li> <li>• Sparprogramm über 50 Milliarden Euro</li> <li>• Begrenzung der Indexierung von Sozialleistungen</li> <li>• Senkung der Arbeitgeberbeiträge zu Sozialversicherungen</li> <li>• Reform der Gebietskörperschaften angekündigt</li> </ul>                                                                                                                                                 |
| <b>Spanien</b>      | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Spanien hat Rettungsschirm Ende 2013 verlassen</li> <li>• Wettbewerbsfähigkeit verbessert, mittlerweile Leistungsbilanzüberschuss, Wirtschaft wächst, Arbeitslosigkeit geht zurück</li> <li>• Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre erhöht</li> <li>• Neues Erziehungsgesetz einschließlich Einführung eines Berufsausbildungsmodells mit dualen Elementen</li> <li>• Einfrierung von Beamtengehältern, Erhöhung der Arbeitszeit, Kürzung der Sonderurlaubstage</li> <li>• Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 21%</li> <li>• Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Lohnverhandlungen</li> </ul> |
| <b>Italien</b>      | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rezession noch nicht überwunden, Lohnstückkosten und auch Arbeitslosigkeit steigen weiter</li> <li>• Renteneintrittsalter gekoppelt an Lebenserwartung: 66 Jahre bei Männern, 62 Jahre bei Frauen (schrittweise Anhebung bis 2018)</li> <li>• Kürzungen bei Urlaubstagen und -geld sowie Essensgutscheinen im öffentlichen Dienst</li> <li>• Erhöhung der Mehrwert- und Mineralölsteuer</li> </ul>                                                                                                                                                                                                          |
| <b>Irland</b>       | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Irland hat Rettungsschirm 2013 verlassen</li> <li>• allein 2013 3,5 Mrd. Euro Einsparungen (Defizit 2013: 11,7 Mrd. Euro), davon ein Drittel Steuererhöhungen und zwei Drittel Ausgabenkürzungen; geplante Einsparungen 2014 3,1 Mrd.</li> <li>• Wirtschaft wächst wieder, Arbeitslosigkeit sinkt, Wettbewerbsfähigkeit gestiegen</li> <li>• Streichung von 6.000 Stellen im öffentlichen Sektor (Abbau um ca. 2%)</li> <li>• Erhöhung der Mehrwertsteuer von 21 auf 23%</li> <li>• Gesetz zur Lohnflexibilität für Anpassungen von Unternehmen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten</li> </ul>             |
| <b>Griechenland</b> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rückkehr an den Kapitalmarkt April 2014</li> <li>• 2014 Primärüberschuss, Lohnstückkosten 2008-2012 -8%, Arbeitslosigkeit sinkt mittlerweile wieder, öffentliche Verschuldung 2013 weiter gestiegen</li> <li>• Streichung von über 200.000 Stellen im öffentlichen Sektor bis 2015 (fast jede vierte Stelle)</li> <li>• Erhöhung des Renteneintrittsalter von 65 auf 67</li> <li>• Steuerreform (geplante Mehreinnahmen von 2,3 Mrd. Euro)</li> <li>• Senkung des Mindestlohns auf 586 Euro</li> <li>• Einfrieren der Löhne</li> </ul>                                                                      |
| <b>Zypern</b>       | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaft weiterhin in Rezession, öffentliche Verschuldung steigt weiter, zumindest Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitslosigkeit zuletzt wieder Verbesserung</li> <li>• Kürzungen Gehälter und Pensionen von Staatsbediensteten</li> <li>• allgemeine Rentenkürzung um 3%</li> <li>• Verkleinerung des Bankensektors</li> <li>• Steuererhöhung, u.a. der Mehrwertsteuer von 17 auf 19%</li> <li>• Verbesserung der Anti-Geldwäschemassnahmen</li> </ul>                                                                                                                                                       |



## Portugal

### Maßnahmen:

#### Haushaltskonsolidierung

Haushaltsziel 2014: 4,0% Neuverschuldung. Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen auf der Ausgaben- wie Einnahmenseite werden 2014 zu Einsparungen in Höhe von 3.558 Mio. Euro führen (2,1% des BIP). Durch das Veto des Verfassungsgerichts, das am 30.5. erneut mehrere Sparbeschlüsse kippte (u.a. Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst bei Monatsgehältern über 675 Euro oder Steuererhebung auf Arbeitslosen- und Krankengeld) ergibt sich aktuell eine Finanzierungslücke. Die Regierung will noch ausstehende Verfassungsgerichtsurteile zu Haushaltsmaßnahmen abwarten und geht davon aus, die Finanzierung stemmen zu können.

#### Ausgaben:

- Einfrierung der Renten für zwei Jahre (statt automatische Inflationsanpassung)
- Kürzungen der Pensionen um 3,5 (über 1.350 Euro) bis 40% (bis 7.500 Euro)
- Reduzierung der Feiertags- und Überstundenzulagen im öffentlichen Dienst
- Einsparungsverpflichtung von mindestens 50% bei Staatsfirmen für Reisespesen
- Beamte und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes müssen bis 65 arbeiten
- Erhöhung Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst von 35 auf 40 Stunden ohne Gehaltsausgleich
- Erhöhung Renteneintrittsalter in flexibler Form von 65 auf 66 Jahre; Neuberechnung des Nachhaltigkeitsfaktors sowie weitere Sparmaßnahmen im Rentensystem
- Ausgabenkürzung für Ministerien um 10%
- Schuldenbremse (Änderung nur mit 2/3-Mehrheit möglich)
- seit März: Beendigung der Arbeitslosengeldzahlung wenn bei zwei Benachrichtigungen Empfänger nicht erreichbar waren
- weitere Reduzierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 2% pro Jahr.
- zwischenzeitliche Kürzungen bei den Beamtengehältern bis 2015
- Krankenhausreform und Kostenoptimierungen im Gesundheitssektor
- Rationalisierung der Kosten im Sicherheits- und Verteidigungssektor
- Reduzierung der Ausgleichszahlungen an Staatsunternehmen

#### Einnahmen:

- „Solidaritätssteuer“ für vermögende Privatleute (2,5% ab 80.000 Euro und 5% ab 250.000 Euro Jahreseinkommen)
- geplant: unbefristete Verlängerung der Sondersteuer auf Renten über 1000 Euro.
- Einführung einer einmaligen Sondersteuer auf das Weihnachtsgeld
- Mehrwertsteuer von 21 auf 23%, Streichung reduzierter Sätze z.B. für Restaurants, weitere Erhöhung Mehrwertsteuer auf 23,25% geplant
- Neufestlegung der Einkommensteuerguppen von acht auf fünf und Erhöhung der Einkommensteuersätze
- Sonderabgabe auf Einkommen von 3,5%
- Privatisierungsprogramm (bislang bereits 8,5 Mrd. Euro eingenommen und damit mehr als die geplanten 5 Mrd. Euro, z. B. durch Verkauf von Staatsanteilen an Energieversorger EDP, Energienetzbetreiber REN,

Flughafenbetreiber ANA, Mineralölkonzern GALP, Staatspost CTT, Versicherungssparte der Staatssparkasse (Caixa Seguros), Gesundheitssparte der Staatssparkasse (Caixa Saude).

- Neubewertung der Immobilien und Erhöhung der Grundsteuer
- Erhöhung der Sozialversicherungsabgaben für Angestellte des öffentlichen Diensts von 2,5% auf 3,5% ab Juni 2014.

## Wettbewerbsfähigkeit

- Reduktion der Feiertage
- starker Ausbau der Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation
- Arbeitszeitbegrenzung gelockert, Lohnverhandlungen auf betrieblicher Ebene sowie Einstellungen und Entlassungen erleichtert, Abfindungszahlungen gesenkt, Allgemeinverbindlichkeitserklärung reduziert
- Verzicht auf „goldene Aktie“ (Veto-Recht bei Unternehmensbeteiligungen)
- Liberalisierung des Mietrechts zur Förderung der Mobilität
- Liberalisierung im Energiewesen
- Reduzierung des Urlaubsanspruchs von 25 auf 22 Tage
- neues Wettbewerbsrecht
- bürokratische Erleichterungen bei Baugenehmigungen, der Hafenaufbereitung im Außenhandel und bei Insolvenzverfahren
- Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit von 100 auf 50% reduziert
- „Goldenes Visum“ für Immobilieninvestition von 500.000 Euro oder Finanzanlage von 1 Mio. Euro oder Schaffung von Beschäftigung (mindestens 30 Arbeitsplätze)
- Liberalisierung der Waren- und Dienstleistungsmärkte soll den Einstieg neuer Unternehmen in Portugal erleichtern.
- Reduzierung administrativer Barrieren bei der Lizenzerteilung, Kürzung der Bearbeitungsfristen und Paradigmenwechsel von der Kontrolle „ex ante“ zu „ex post“
- Senkung der Körperschaftsteuer von 25% auf 23% zum 1.1.2014
- Verabschiedung steuerlicher Investitionsanreize für neue Unternehmen (entsprechender „Steuerkodex für Investitionen“ wurde Ende Mai 2014 ins Parlament eingebracht; sieht Steuererleichterungen bei der Körperschaftsteuer vor, unter anderem in Verbindung mit Investitionen in Produktion, die Einstellung von Mitarbeitern, Einsatz moderner Technologien)

## Geplant:

### Haushaltskonsolidierung

Haushaltsziel 2015: 2,5% Neuverschuldung. Die Konsolidierungsmaßnahmen sehen für 2015 Einsparungen in Höhe von 1.378 Mio. Euro vor. Um legale Klarheit für den Haushalt zu bekommen, hat die Regierung bereits im Juni 2014 die Annahme eines Nachhaltigkeitsbeitrags für das Rentensystem mit einer leichten Erhöhung der MwSt. und der Sozialabgaben angenommen. Zudem wurden erneut Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst zwischen 3,5 und 10% auf Monatslöhne über 1.500 Euro eingeführt.

#### Ausgaben:

- Sparprogramm für 2015 über 1,4 Mrd. Euro, ursprünglich waren noch 2,1 Mrd. geplant. Keine weiteren Steuererhöhungen und keine neuen Kürzungen bei Beamtengehältern und Renten. Einsparungen sollen durch Zusammenlegung von Dienststellen und Umstrukturierung von Behörden erreicht werden sowie Reduzierung des Beamtenapparates durch Vorruhestandsregelungen
- mehr Transparenz bei öffentlicher Beschaffung
- geringere Beteiligung an Krankenversicherungsbeiträgen von Staatsbediensteten
- weitere Personalkürzungen im öffentlichen Dienst (v.a. durch natürliche Fluktuation)

**Einnahmen:**

- Erhöhung Benzin-, Kfz- und Vermögensteuer
- Um die Nachhaltigkeit des Rentensystems zu sichern wird der Beitrag zur Sozialversicherung TSU auf Seiten der Arbeitnehmer um 0,2% erhöht, wodurch ihr Gesamtbeitrag bei 11,2% liegt.
- Ab 2015 wird der Außergewöhnliche Solidaritätsbeitrag (CES) von 3,5% auf Renten ab 1.000 Euro durch eine neue Staffelung ersetzt: Renten zwischen 1.000 und 2.000 Euro sollen mit 2,0% besteuert werden, höhere Renten mit 3,5%.
- Weitere Privatisierungen geplant: 2014 wurde die Privatisierung der staatlichen Recycling- und Entsorgungsgesellschaft EGF gestartet, die zur Wassergesellschaft Aguas de Portugal gehört. Auch die letzte Phase des Energienetzbetreibers REN ist für 2014 vorgesehen. Weitere Privatisierungskandidaten sind die Fluggesellschaft TAP, Eisenbahnfrachtbetrieb CP-Carga, Wassergesellschaft AdP, Werften, ÖPNV-Betriebe
- Darüber hinaus soll die Konzession zum Betrieb des öffentlichen Transports von Lissabon und Porto 2014 abgeschlossen sein. Erhöhung Sozialversicherungsbeitrag im öffentlichen Sektor 2013 um 0,75 und 2014 um weitere 0,25 Prozentpunkte
- höhere Rentenbesteuerung

**Wettbewerbsfähigkeit**

- Verbesserungen im Bildungssystem, z. B. Förderung duale Ausbildung
- Beschäftigungsoffensive (Berufspraktika für Arbeitslose über 45 mit Kindern, Erstattung der Arbeitgeber-SV-Beiträge bei Beschäftigung dieser Personen durch EU-Fonds, Möglichkeit der Rückerstattung von Sozialversicherungsabgaben)
- Stärkung aktivierende Beschäftigungspolitik
- „Industrieplan“: Regierung 2014–2020 will Anteil der verarbeitenden Industrie an der Bruttowertschöpfung bis 2015 auf 15 und bis 2020 auf 18% erhöhen
- Stärkung KMU (Finanzierungshilfen, MwSt-Abführung erst bei Geldeingang statt bei Rechnungsstellung)
- Neu zu gründendes Finanzierungsinstitut zur KMU-Finanzierung
- Existenzgründer: steuerliche Förderung der Kapitalbasis und des Exports, Bürokratieabbau
- Steuerabzug für reinvestierte Gewinne
- Export-, Innovationsförderung für KMU
- Intensivierung des Austauschs von Unternehmen und Forschungseinrichtungen
- Liberalisierung im Transport- und Telekommunikationswesen
- Reform des Rechtssystems
- Senkung Kapitalertragsteuer auf 23 bis 25%, 2018 auf 17 bis 19%
- Programm für Bürokratieabbau
- Reduzierung des Hafensteuersatzes um 59%, um die Exportkosten zu reduzieren

**Vom Verfassungsgericht gestoppt:**

- Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, die auf Einkommen von über 675 Euro im Monat angewendet werden, Besteuerung von Arbeitslosen- und Krankengeld sowie Einschränkungen bei der Hinterbliebenenrente.
- Reduzierung der Zahl der Beamten (national -1%, regional -2% jährlich), Personalabbau im öffentlichen Dienst um 40.000 Stellen (v. a. Frühpensionierung beim Militär, in Verwaltung und Bildung; derzeit rd. 580.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst), Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst (betroffen ca. 1.100 Angestellte, Ersparnis 2014 ca. 0,5 Mrd. Euro)
- Aussetzung des Urlaubsgeldes für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie 90-prozentige Aussetzung des Urlaubsgeldes für die Pensionäre des öffentlichen Dienstes
- Steuer auf Arbeitslosenhilfe und Krankengeld
- Flexibilisierung des Kündigungsschutzes



## Bisheriges Ergebnis:

- Ausstieg aus Rettungsschirm am 17. Mai 2014. Zugang zu internationalen Finanzmärkten: Zu Jahresbeginn 2014 Platzierung zum günstigsten Zinssatz seit fast vier Jahren, mittlerweile (Mai 2014) 3,612%.
- Wirtschaft hat im 2. Quartal 2013 die konjunkturelle Trendwende geschafft (+1,1%, größtes Plus innerhalb der EU) und konnte im weiteren Verlauf 2013 zulegen (ging aber im Vorjahresvergleich real um 1,4% zurück). 2014 soll die Wirtschaft um 1,2% wachsen, auch wenn es zu Jahresbeginn einen Dämpfer gab (-0,7% ggü. Vorquartal).
- Exporte wachsen, 2013 mit 6,1% sogar schneller als in der Eurozone insgesamt; Leistungsbilanz inzwischen von über 10% Defizit (bis 2010) nahezu ausgeglichen (-0,7% im 1. Quartal)
- Erwerbstätigkeit steigt ebenfalls seit 2. Quartal 2013 spürbar (auch hier allerdings leichter Dämpfer zu Jahresbeginn 2014; der Rückgang um 0,3% war allerdings deutlich geringer als das Wachstum der Vorquartale). Arbeitslosigkeit geht seit Anfang 2013 zurück (Arbeitslosenquote Mai 2014: 14,3%, Vorjahresmonat: 16,9%)
- Rückgang Haushaltsdefizit von 10 (2009) auf 5% des BIP 2013; beim Primärdefizit (d.h. um Zinszahlungen bereinigt) ab 2014 Überschuss zu erwarten
- Schuldenstand erreicht nominal fast das im ersten Hilfsprogramm vereinbarte Niveau, im Vergleich zum BIP, allerdings wegen des schwächeren Wachstums etwas höher als vereinbart 129% 2013
- Schuldenstand der Nicht-Finanzunternehmen (176 Mrd. Euro) seit 2012 unter dem Vorkrisenniveau (184 Mrd. Euro, 2010)
- Lohnstückkosten 2009-2012: -5,3%
- Kapitalstock (ohne Wohnungsbau) schrumpft
- OECD hat Portugal den viertgrößten Reformeifer aller Industrieländer attestiert
- Stabilisierung des Bankensektors: Abbau der Kredit/Einlagen-Quote von 157% (Mitte 2010) auf 117% (Ende 2013) und Erhöhung der Kapitalausstattung (Core Tier 1 Ratio) von 8,1% (Dezember 2010) auf 12,3% (Ende 2013)
- Sparquote der Haushalte steigt von knapp 6% (2008) auf 12,6% (2013), bei gleichzeitigem Rückgang der Verschuldung von 105,9% (2009) auf 95,5% (Ende 2013)



## Frankreich

### Maßnahmen:

#### Haushaltskonsolidierung

##### Ausgaben:

- Kürzung in den Finanzmitteln der Sozialversicherungen (6 Mrd. Euro Einsparungen)
- Kürzung in Verwaltungsausgaben und in Lohn- und Gehaltsaufkommen
- Kürzung der Regionalförderung
- Einsetzen einer Bewertungskommission zur Überprüfung der Effizienz von Staatsausgaben, um Stabilisierung des Staatshaushaltes erreichen zu können
- Kürzung von Regierungsgehältern um 30%
- Gehaltsdeckel in Staatsfirmen (auf das 20fache der niedrigsten Löhne, d.h. ca. 340.000 Euro)
- Begrenzung der Indexierung von Sozialleistungen
- aber: Ausweitung der Prämie beim Kauf energieschonender Fahrzeuge auf 7.000 Euro
- Anhebung des Renteneintrittsalters von 60 auf zunächst 62 Jahre zwischenzeitlich zwar zurückgenommen, inzwischen weitergeführt (Beitragsjahre für Vollerhalt auf 43 Jahre erhöht, Anpassung der Renten an die Inflation verschoben)
- Schuldenbremse

##### Einnahmen:

- Steuern auf Einkommen aus Überstunden
- Höhere Erbschafts- und Vermögensteuer (ab 1,3 Mio. Euro, bisher mussten 95% der Bevölkerung keine Erbschaftsteuer zahlen, nun sollen 88% davon befreit werden)
- Dividendensteuer in Höhe von 3% (Ziel: Steigerung der Re-Investitionen), obwohl Gewinne zuvor bereits versteuert
- einmalige Sonderabgabe für Ölkonzerne, Senkung der Mineralölsteuer für Verbraucher um 3 Cent, Senkung um weitere 3 Cent sollen Konzerne tragen
- Abgabe zur Marktüberwachung und 0,25% System-Risiko-Steuer für Banken mit Bilanzsumme über 500 Mio. Euro (voraussichtliche Einnahmen: 550 Mio. Euro)
- Einführung Finanztransaktionssteuer auf Aktiengeschäfte von 0,2% (jährlich 1 Mrd. Euro Einnahme geplant)
- Ausweitung der Steuerpflicht auf Immobilieneinnahmen für nicht in Frankreich wohnhafte Bürger (voraussichtliche Einnahmen von 50 Mio. Euro)
- Erhöhung der Steuer auf Aktienausschüttungen an Mitarbeiter auf 14-30% für Unternehmen bzw. 8-10% für Empfänger (voraussichtliche Einnahmen von 75 Mio. Euro).
- höhere Steuern auf Tabak und Alkohol
- Extrasteuer für Wohlhabende (ab 500.000 Euro Jahreseinkommen)
- Erhöhung der Steuer auf Vermögenseinkünfte, im Gegenzug Senkung der Arbeitskosten
- Verkauf von Unternehmensanteilen an Safran, EADS und AdP (Erlös rd. 2 Mrd. Euro)
- Mehrwertsteuererhöhung von 19,6 auf 21,2% zum Oktober 2012 (aufgehoben)

- Weiterführung der Vereinfachung von Steuererklärungen und Zahlungen für Unternehmen und Privatpersonen
- Steuern auf Energieprodukte für den privaten Konsum der Haushalte („Ökologischer Wandel“)
- Überprüfung „anti-ökologischer“ Steuerschlupflöcher und Förderung der Reduzierung der CO<sub>2</sub> Emissionen mittels Besteuerung
- Kampf gegen Wirtschafts- und Finanzkriminalität und Mehrwertsteuerhinterziehung
- Erhöhung der allgemeinen MwSt um 0,4 Punkte auf 20% (2014), des ermäßigten MwSt-Satzes von derzeit 7 auf 10% (z.B. Baubereich, Gastronomie); aber Reduzierung des ermäßigten MwSt-Satzes für Produkte des Grundbedarfs auf 5% (2014) und von 7 auf 5,5% für an sozialen Wohnprojekten durchgeführte Arbeiten sowie für Bücher und ausgewählte kulturelle Bereiche

## Wettbewerbsfähigkeit

- „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ als Kompromiss zwischen Regierung, Arbeitgebern und einigen Gewerkschaftsverbänden mit Steuersenkungen (rd. 20 Mrd. Euro – nach vorheriger Erhöhung in fast ebenso großer Höhe, nunmehr Teil des „Paktes für Verantwortung und Solidarität“) und 28 Einzelmaßnahmen zur Reformierung des Arbeitsmarktes:
  - Einführung „betrieblicher Bündnisse für Arbeit“ für Arbeitszeitverlängerungen und Gehaltskürzungen
  - Erleichterung von der Verlagerung von Betrieben und Arbeitsplätzen ohne Sozialplan
  - Flexibilisierung unbefristeter Arbeitsverträge, unbefristet eingestellte arbeitslose Jugendlichen für bis zu 4 Monate von Sozialabgaben befreit, finanziert durch Arbeitgeberbeiträge insgesamt
  - dafür höhere Abgaben für kurz laufende Arbeitsverträge und Einführung von Mitbestimmungselementen für Betriebe ab 5.000 Beschäftigten
  - Ausbau Arbeitslosenversicherung (besserer Zugang, mehr Weiterbildung) und Krankenversicherung
  - Lohnzurückhaltung im Dienstleistungssektor, in dem bisher die Lohnstückkosten besonders stark gestiegen waren
  - 35-Stunden-Woche bleibt entgegen zwischenzeitlicher Ankündigungen unangetastet
- Arbeitsmarktflexibilisierung: Unternehmen können mit lokalen Arbeitnehmervertretern Kurzarbeit und Gehaltskürzungen aushandeln
- Steuergutschrift (CICE) zur Reduzierung der Arbeitskosten, Senkung der Arbeitgeberbeiträge zu Sozialversicherungen
- Fördermaßnahmen für Unternehmen, die in Innovationsprojekte von kleinen und mittleren Unternehmen investieren
- Gründung eines Aktiensparplanes (PEA), damit Privatpersonen in kleinen und mittleren Unternehmen anlegen
- Beitrag zum Bruttobetriebsüberschuss (mit einer Quote von 1%) für die Unternehmen mit mehr als 50 Mio. Euro Umsatz
- Förderung von Exportfinanzierungen
- höhere staatliche Schulbeihilfe für minderbemittelte Familien um 25%
- Aufstockung von Hochschulstipendien um 2,1% ab September 2012
- Förderung der beruflichen Ausbildung, Strafandrohung für große Firmen, die keine Lehrlinge aufnehmen
- Gründung einer öffentlichen Investitionsbank zur KMU-Finanzierung, Investitionsvolumen 42 Mrd. Euro (Projekt übernommen von Vorgängerregierung)
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten
- Aufnahme von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräte von Großunternehmen (Ziel auch: Streikhäufigkeit reduzieren)
- aber: seit Juli 2012 höhere Mindestlöhne (orientiert an Wachstum statt an Inflation) auf 9,40 Euro; inzwischen rd. 60% des Medianlohns (höher als in jedem anderen EU-Land)

## Geplant:

### „Pakt der Verantwortung und der Solidarität“ von Präsident Hollande

- Senkung der Lohnnebenkosten um bis zu 30 Mrd. Euro (10% der Gesamtsteuerbelastung der Unternehmen, entspricht den Zusatzbelastungen seit 2011–2013), insbesondere beim Arbeitgeberbeitrag zur Finanzierung der Familienleistungen; allerdings mit Steuersenkungen vom Jahresbeginn 2014 gegengerechnet, zudem als Bedingung konkrete Stellenversprechen
- Bürokratieabbau
- aber zugleich „Beobachtungsstelle“ zur Prüfung der Qualität neuer Arbeitsplätze
- Reform der Gebietskörperschaften: Reduzierung der Regionen von 22 auf 14, bis 2021 Abschaffung der Ebene der 101 Departements

## Haushaltskonsolidierung

### Ausgaben:

- Ausgabenkürzungen in Höhe von 50 Mrd. Euro 2015–2017 (4% der gesamten öffentlichen Ausgaben)
  - 18 Milliarden Einsparungen bei den Staatsausgaben
    - Schaffung von Synergien und Reduzierung allgemeiner Funktionsausgaben
    - Gehaltseinsparungen bei Beamten
    - Reduzierung der Staatsbediensteten
  - 11 Milliarden Einsparungen zu Lasten der Gebietskörperschaften
    - Zusammenlegung von Zuständigkeiten
    - Rationalisierung von Ausgaben
    - Reduzierung von Zuwendungen des Zentralstaates (Regionalförderung)
    - Lastenausgleich zwischen „armen“ und „reichen“ Gebietskörperschaften
  - 11 Milliarden Einsparungen bei Sozialleistungen
    - Verschiebung von Rentenerhöhungen
    - Anpassung der Arbeitslosenversicherung
    - Anpassung der Familienpolitik
    - Reduzierung allgemeiner Verwaltungskosten
  - 10 Milliarden Einsparungen bei der Krankenversicherung
    - Stärkung der ambulanten und häuslichen Versorgung / weniger Krankenhausaufenthalte
    - Ausgabenreduzierung bei Medikamenten / mehr Generika
    - Reduzierung der allgemeinen medizinischen Grundversorgung
- 2014 sollen mind. weitere 15 Mrd. Euro Staatsausgaben eingespart werden (Regierungsprioritäten: Beschäftigung, Jugend, Wohnungsmarkt)
- Einhaltung des mehrjährigen Plans zur Deckelung der Staatsausgaben und Verminderung von Abweichungen
- aber: Ausgabenprogramm für 12 Mrd. Euro für „Zukunftsbranchen“ (Medizintechnik, IT), „ökologischen Wandel“ und Infrastruktur; außerdem 60.000 neue Stellen für Lehrer, 5.000 Stellen im Sicherheits- und Justizwesen und 2.000 Stellen im Bereich nationaler Arbeitsvermittlung

### Einnahmen:

- Neuer Anlauf für Erhöhung Spitzensteuersatz auf Einkommen (ab 2 Mio. Euro) auf 75%, ab 150.000 Euro auf 45% (zunächst vom Verfassungsgericht verworfen)
- Gesetz gegen Kapital- und Eigentumsverlagerung ins Ausland (richtet sich gegen Schließung rentabler Unternehmen und gegen Eigentümerverlagerung, ggf. Zwangsverkauf, wenn ein Käufer das Geschäft in Frankreich weiterführen will, voraussichtliche Einnahme von 200 Mio. Euro)

- ab 2014 zusätzliche Einnahmen von 6 Mrd. durch Erhöhung von Steuern und Abgaben
- Höhere Erbschafts- und Vermögensteuer (ab Verdienst größer 1 Mio. Euro/Jahr)
- aufkommensneutrale CO<sub>2</sub>-Steuer, im Gegenzug Vergünstigungen bei anderen Abgaben
- zudem Einführung „Ökomaut“ gestoppt
- Geplante Steuereinnahmen bleiben aber aufgrund der Wirtschaftslage insgesamt häufig hinter den Planungen zurück, so dass neue Haushaltslücken entstehen. Für 2013 spricht der französische Rechnungshof von rund 14 Milliarden Mindereinnahmen.

## Wettbewerbsfähigkeit

- Reduzierung der Sozialbeitragsbefreiung für Überstunden bei Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten (soll 980 Mio. Euro Mehreinnahmen bringen)
- Steuergutschrift für Wachstum und Beschäftigung ab dem Steuerjahr 2013, die die Arbeitskosten um bis zu 6% senken soll (indexiert auf die Gehaltsmasse bis 2,5fache des Mindestlohns). Entlastung für Unternehmen 20 Mrd. Euro. Einzelheiten offen. Gegenfinanzierung durch zusätzliche Haushaltseinsparungen von 10 Mrd. Euro (Militäretat: 2,2 Mrd. Euro) und durch Mehreinnahmen von 10 Mrd. Euro, davon durch MwSt-Erhöhung (2/3) sowie ab 2016 durch neue Ökosteuern (1/3)
- Steigerung Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Innovation, bessere Ausbildung und leichteren Zugang zu Finanzierung; lebenslanges Recht auf Aus-/Weiterbildung
- 13.000 zusätzliche Stellen für Lehrer, Justiz und Polizei bei unveränderter Gesamtstellenzahl im öffentlichen Dienst (1.000 neue Stellen für Lehrer im September 2012 beschlossen)
- Bankenreform (betroffen z. B. Auslagerung von Investmentgeschäften, Regulierung Hochfrequenzhandel und Spekulationsgeschäfte auf Agrarpreise); geplant ist zudem ein Garantiefonds
- Ankündigung eines breiten Investitionsprogramms für die nächsten 10 Jahre, Finanzierung über Verkauf von Staatsbeteiligungen an Großunternehmen
- Ankündigung, die Unternehmensbesteuerung von derzeit 34,4–38% in den nächsten Jahren auf 25–28% zu reduzieren
- aber: höhere Geldbußen für Entlassungen ohne wirtschaftlichen Grund
- aber: Gründung eines staatlichen Bergbaukonzerns

## Bisheriges Ergebnis:

- Rezession 2013 überwunden (1. Quartal 2014: Stagnation; 4. Quartal: +0,3% ggü. Vorquartal; 3. Quartal leichter Rückgang)
- Erwerbstätigkeit seit 2013 zumindest stabil; Arbeitslosigkeit sinkt nur langsam (10,1% im Mai 2014, nach Rekordhoch 10,3% aus dem Vorjahresmonat)
- anders als in Südeuropa noch keine positive Leistungsbilanz und kaum Exportzuwächse
- kaum Fortschritte beim Defizitabbau (2013: 4,3% des BIP), 3%-Grenze bis 2016 nicht erreicht (Schätzung 2014 3,9%, Prognose 2015 3,4%); um konjunkturelle Effekte bereinigtes Defizit zumindest knapp unter 3%
- Staatsausgabenquote erreicht mit 56% den zweithöchsten Wert OECD-weit
- Steuer-Gewinn-Verhältnis bei 66% und damit Platz 128 von 142 (Quelle: Weltwirtschaftsforum)
- Lohnstückkosten steigen weiterhin; Mindestlohn ist nach Australien und Luxemburg weltweit der höchste
- Industrieanteil auf inzwischen 12,5% gesunken



## Spanien

### Maßnahmen:

Defizitziele 2014 (öffentliche Haushalte insgesamt) laut aktualisiertem Stabilitätsprogramm 2014 bis 2017: Defizit von -5,5% des BIP (statt wie mit EU vereinbart -5,8%)

### Haushaltskonsolidierung

#### Ausgaben:

- Kürzung von laufenden Ausgaben der Ministerien 2014 um 4,7% gegenüber 2013 nach 6% 2013 gegenüber 2012
- Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre erhöht, Verschärfung der Regelungen des vorzeitigen Ruhestandes
- Senkung des Arbeitslosengeldes für neue Arbeitslose (von 60 auf 50% des Referenzgehaltes ab 7. Monat), zugleich monatliche Sonderzahlung für Langzeitarbeitslose i. H. v. 400 Euro
- Kürzungen bei Gesundheit und Bildung von 10 Mrd. Euro, z.B. bei der staatlichen Krankenversicherung für Medikamente (Selbstbeteiligung bei Medikamenten in verschiedenen Autonomen Regionen), Überprüfung und Verringerung der Pflegesätze
- Moratorium im Bereich der erneuerbaren Energien für Neuinstallationen
- Abbau von Subventionen für Stromversorger, Aufhebung der Strompreisdeckelung
- Juni 2014: Inkrafttreten des umstrittenen Königlichen Dekrets 413/2014 mit neuen Vergütungsstandards für alle laufenden Erneuerbare-Energien-Anlagen; soll schon 2014 Einsparungen in Höhe von 1,7 Mrd. Euro bringen
- Kürzung von öffentlichen Investitionen (um insgesamt rund 40%; 2014 tiefster Stand seit 1980)
- Schuldenbremse mit Verfassungsrang und Ausgleichsmechanismus bei Regelverletzung; Verschuldungsbegrenzung auch für Regionen und Kommunen; Einführung von Eingriffsmöglichkeiten des Zentralstaats in die Budgets der Autonomen Regionen
- Gehaltskürzungen bei Bürgermeistern und Stadträten in Abhängigkeit der Größe der Gemeinde
- Einfrierung der Beamtengehälter im vierten Jahr in Folge (zuvor bereits um 5 bis 15% gekürzt), Erhöhung Wochenarbeitszeit von 35 auf 37,5 Stunden, Weihnachtsgeld für Beamte 2012 weggefallen, Sonderurlaubstage von 6 auf 3 reduziert
- Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst bis 2014
- erneute Reduzierung der Subventionen für Parteien, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen um 20%
- Wegfall eines Bonus von 2.500 Euro bei Geburten
- Erhöhung der maximalen Klassengröße in Unter- und Mittelstufen an staatlichen Schulen um 20%
- Rentenanpassung 2013 ausgesetzt, Abschaffung der Rentenindexierung und seit 2014 Anpassung der Rentenerhöhungen an Fiskalentwicklung; Anstieg der Renten um 0,25% soll garantiert werden. Ab 2019 Nachhaltigkeitsfaktor bei Rente in Bezug auf Beitragsjahre und Lebenserwartung.
- Schaffung eines Liquiditätsfonds für die Autonomen Regionen (Fondo de Liquidez Autonómica, FLA) zur Tilgung ihrer Schuldtitel (2012: 18 Mrd. Euro; 2013: 23 Mrd. Euro)
- Verwaltungsreform mit 200 Maßnahmen, zielt ab auf Abbau von Doppelstrukturen, Einführung E-Government und verbesserter Zusammenarbeit von Verwaltungsbehörden

- aber: Initiative für neue Wohnungsbaupolitik durch Förderung von Energieeffizienz und Ausweitung des Angebots an Mietwohnungen (Kabinettsbeschluss am 5.4.2013 und entsprechende Gesetze)
- aber: Abwrackung der Altfahrzeuge, diverse Förderprogramme für Pkw (PLAN PIVE) und für leichte Nutzfahrzeuge (PLAN PIMA) insgesamt 400 Mio. Euro, steuerliche Förderung für die Automobilbranche zur Erneuerung des Fahrzeugparks
- aber: Einführung 2014 einer vorübergehend pauschalierten Sozialversicherungsabgabe von 100 Euro für Unternehmen für unbefristet neu eingestellte Arbeitnehmer

#### **Einnahmen:**

- Fiskalamnestie (Amnistia Fiscal) (Real Decreto 12/2012 v. 30.3.12) – Einnahmen 1,2 Mrd. Euro
- Reformpaket Juli 2012: Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 21% (allg. Satz) seit 1.9.2012 und von 8 auf 10% (reduzierter Satz); Hochstufung auf 21% verschiedener Leistungen, die bislang mit 8% besteuert wurden. Bereits 2011 Erhöhung von 16 auf 18% und des reduzierten Steuersatzes von 7 auf 8%.
- (befristete) Erhöhung des Spitzensteuersatzes um 1% bei Einkommen über 120.000 Euro, 2% bei Einkommen über 175.000 Euro, 7% bei Einkommen über 300.000 Euro, zudem regionale Zusatzbeiträge; Höchststeuersatz damit in einzelnen Regionen bei 56%
- Einführung einer bis 2015 begrenzten zusätzlichen Solidaritätsabgabe auf Einkommen (0,75–7% der Einkommensteuer) und Erhöhung der Steuern auf Kapitalerträge
- (befristete) Wiedereinführung der Vermögensteuer (0,2 bis 2,5%)
- Einführung „grüner Cent“ (Benzinsteuer, soll 2,3 Mrd. Euro bringen)
- neue Energiesteuer auf alle Stromerzeugungsarten von 6% (2,74 Mrd. Euro Mehreinnahmen)
- Wegfall der Steuererleichterungen auf Treibstoffe für besondere Berufsgruppen
- höhere Tabaksteuer und Alkoholsteuer (außer Bier und Wein)
- Absetzbarkeit der Hypothekenkosten für den Immobilienkauf im Rahmen der Einkommensteuer seit 1.1.2013 aufgehoben
- Einschränkung der Abzugsfähigkeit von Abschreibungen, Steuern auf Lotteriegewinne
- Erhöhung der Grundsteuer für Wohneigentum, das den Durchschnittswert übersteigt
- Für Unternehmen mit einem Umsatz über 10 Mio. Euro wird die Abschlagszahlung auf die erwartete Körperschaftsteuer von 8 auf 12% erhöht
- Einbeziehung vieler der bisher sozialversicherungsfreien Zusatzleistungen von Unternehmen für ihre Angestellten in die Bemessungsgrundlage (Gesetz RDL 16/2013)

## **Wettbewerbsfähigkeit**

- Reformen des Arbeitsmarktes und der Lohnverhandlungen: Aussetzen von Tarifverträgen, Senkung Abfindungszahlungen, Erleichterungen beim Kündigungsschutz, Lockerung der zentralen Tarifverträge
- Einführung von Probezeiten, mehr Spielraum für Teilzeitarbeitsverhältnisse und Zeitarbeit sowie Mini-Jobs für Jugendliche
- (vorübergehende) Möglichkeit zur unbegrenzten Befristung von Arbeitsverträgen
- Zulassung privater gewerbsmäßiger Arbeitsvermittler
- Verringerung des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung 2012 und 2014 um jeweils 1%
- Dienstleistungssektor: weitere Liberalisierung der Öffnungszeiten
- Reform des Finanzsektors mit drei Stufen bei künftigen Fehlentwicklungen (Frühintervention, Umstrukturierung, Insolvenz)
- Gründung einer "Bad Bank" (SAREB) am 14.11.12 (RDL 9/2012) zur Abwicklung der problematischen Immobilienkredite
- Neues Erziehungsgesetz, einschließlich Einführung eines Berufsausbildungsmodells mit dualen Elementen 2014/15, strengere Leistungsstandards und Förderung von Fremdsprachen

- Bürokratieabbau bei Importabwicklung und bei Insolvenzen
- niedrigere Sozialversicherungsbeiträge für Einstellung Arbeitsloser für kleinere Unternehmen
- Lohnvereinbarung Arbeitgeber/Arbeitnehmer: Steigerung um 0,5% (2012) bzw. 0,6% (2013), bzw. 0,6% (2014)
- monatlicher Mindestlohn bei 641,40 Euro eingefroren, aber 2013 auf 645,30 Euro erhöht
- Schaffung eines Finanzplans durch die Zentralregierung für die Autonomen Regionen und Gemeinden (Plan de Pago a los Proveedores, PPP) zur Bezahlung ausstehender Rechnungen. Ende 2013 und für 2014 geplant (13 Mrd. Euro)
- Verabschiedung eines Gesetzesprojektes zur Schaffung eines spanischen "Einheitsmarktes" durch das Kabinett am 25.1.13 (Ziel: Harmonisierung der Regelungen, Normen, Vorschriften und Gewerbeizenzen sowie Abbau von Gründungshemmnissen und Marktzutrittsbeschränkungen)
- Verabschiedung eines Gesetzesprojektes durch das Kabinett am 15.2.13 zur Gemeindereform, u.a. Verlegung von Kompetenzen der kleinen Bürgermeisterämter auf die Provinzverwaltungen (Ziel: Straffung der Verwaltungsabläufe und Steigerung der Effizienz)
- Förderung der „digitalen Wirtschaft“ und von High-speed Internetverbindungen
- Gesetzespaket zum Kampf gegen Korruption – wird Ende 2014 in Kraft treten
- Umsatzsteuerpflicht für KMU erst nach Erhalt des Rechnungsbetrags, Steuerabzug für Re-Investitionen für KMU
- flexible Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen zur Förderung ausländischer Investitionen in Spanien
- Liberalisierung von Dienstleistungen und der freien Berufe
- Bei unbefristeten Neueinstellungen kann der Arbeitgeber seit Februar 2014 unter bestimmten Bedingungen eine Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge auf pauschal 100 Euro im Monat geltend machen
- Strategischer Plan zur Internationalisierung der Spanischen Wirtschaft 2014–2015, in Kraft getreten im 2. Quartal 2014; soll über 41 Maßnahmen die Exporterfolge des Landes verstetigen, unter anderem durch Unterstützung der heimischen Unternehmen (etwa IKT) auf dem Weg ins Ausland, Abbau und Vereinheitlichung der etwa 2.700 Normen des spanischen Binnenmarktes

## Geplant:

### Haushaltskonsolidierung

Defizitziele für 2015 sollen laut aktualisiertem Stabilitätsprogramm 2014 bis 2017 EU-konform bei 4,2% des BIP und 2016 bei 2,8%, (2017:1,1%) liegen.

#### Ausgaben:

- Reduzierung der Zahl der hohen Beamten auf Zentralstaatsebene um 20%
- Schaffung einer Fiskalbehörde zur Prüfung der Etats der öffentlichen Verwaltungen
- Gesetz für die Rationalisierung der Gemeindeverwaltungen (geschätztes Einsparpotenzial 2014/15 rund 8 Mrd. Euro)
- Nutzung der günstigen Finanzierungsbedingungen zur vorzeitigen Tilgung von 1,3 Mrd. Euro der ESM-Kredite, um Vertrauen zu verbessern und Zinszahlungen einzusparen

#### Einnahmen:

- Privatisierung von Eisenbahn, Häfen und Flughäfen ab Ende 2013
- schärferes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung
- Verlängerung der Einkommensteueranhebung bis 2015 (anstatt wie ursprünglich geplant bis 2013)
- Belastungen für Großunternehmen (u.a. Aufhebung bestimmter Abschreibungen) und Einführung einer Umweltsteuer
- Erhöhung von Sondersteuern (u.a. Tabak)
- Privatisierung von Krankenhäusern in verschiedenen Autonomen Regionen



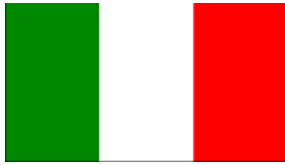
- aber: Große Steuerreform soll ab dem Wahljahr 2015 in einigen Fällen zu Einkommensteuer- und Körperschaftsteuerentlastung (von 30% auf 25% zwischen 2015 und 2016) führen (ohne Mehrwertsteuer- oder Sondersteuererhöhungen zur Gegenfinanzierung und ohne die von Expertenkommission vorgeschlagene Rückführung von Ausnahmen)

## Wettbewerbsfähigkeit

- Neues Wachstumsprogramm in Höhe von 6,3 Mrd. Euro (Staat: 3,6 Mrd. und private Investoren 2,7 Mrd.): Re-Industrialisierung und technologische Modernisierung der Wirtschaft. Weitere Ausgaben sollen nicht entstehen. Geplant sind steuerliche Förderung der Automobilbranche zur Erneuerung des Fahrzeugparks, Senkung der Körperschaftsteuer von 30 auf 25% für große Unternehmen, für KMU weiterhin bei 25%, Modernisierung der Arbeitsämter und der Berufsausbildung. Kreditlinie der Förderbank ICO soll 2015 auf 25 Mrd. Euro steigen (25% mehr als für 2014 vorgesehen und 80,1% mehr als 2013).
- Steuerentlastungen für Geringverdiener
- Rekapitalisierung von Banken (Umwandlung von Steuerforderungen i. H. v. 30 Mrd. Euro in Eigenkapital)
- Gesetzespaket zum Kampf gegen Korruption (z. B. mehr Transparenz bei Ausschreibungen)
- seit 2013: Initiative zwischen Regierung und Sozialpartnern zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher (Volumen: 3,5 Mrd. Euro; 100 Maßnahmen: kurzfristige Programme zur Wiedereingliederung in Ausbildung, Verbesserung der Arbeitsvermittlung) und zur Finanzierung von KMU
- Von Ende 2013 bis Ende 2015 sollen dank der arbeitsrechtlichen Reformen und des Wirtschaftsaufschwungs an die 600.000 Arbeitsplätze entstehen (netto).
- Gesetz zur Aufhebung der Lohnindexierung, d.h. keine automatischen Preisanhebungen in Anlehnung an die Inflationsrate des Vorjahres zu Beginn eines neuen Jahres für viele öffentliche und private Bereiche
- Grundsatzkatalog der „guten Unternehmensführung“ und der „sozialen Verantwortung“
- Geplante weitere Gesetzesinitiativen für folgende Sektoren: Energie, Verkehr, Telekommunikation, Wissenschaft und Innovation, Umwelt sowie für die Sparkassen
- Weitere umfangreiche Verwaltungsreformen, z.B. im Bereich der Steuerbehörden, Regionalbehörden, De-Indizierung
- Reform des Insolvenzrechts um das Überleben von Unternehmen zu sichern, die zwar eine exzessive Finanzlast tragen, aber operativ funktionsfähig sind.

## Bisheriges Ergebnis:

- Wirtschaft hat im 3. Quartal 2013 Rezession überwunden (1. Quartal 2014: +0,4% Wachstum ggü. Vorquartal), auch der Privatkonsum wächst wieder; nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung 2013 um -1,2% soll sie 2014 um 1,2% zunehmen, 2015 um 1,8%.
- 2013 hat die Leistungsbilanz erstmals seit 1987 mit einem positiven Saldo von 8,2 Mrd. Euro abgeschlossen (0,8% des BIP), nach einem negativen Saldo von 12,5 Mrd. Euro 2012.
- Spanien hat das ESM-Hilfsprogramm Ende 2013 verlassen. Zinssatz für Staatsanleihen mittlerweile auf Zehnjahrestief gesunken (3,974% im Mai 2014 für Zehnjahresanleihen).
- Im März 2014 hat die EU-Kommission Spanien von der Liste der Länder mit übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten gestrichen.
- Staatsdefizit 2013 6,6% (mit EU waren 6,5% vereinbart); unter Einrechnung der Hilfe für den Finanzsektor, 7,1%; strukturelles Defizit (d.h. um konjunkturelle Effekte bereinigt) seit 2009 von 9,1 auf rund 2,8% zurückgegangen
- Lohnstückkosten -5,5 (2010 bis 2013), sollen auch 2014 und 2015 weiter zurückgehen; kaum Anstieg des Preisniveaus, somit weiter verbesserte Wettbewerbsfähigkeit
- Arbeitslosigkeit sinkt spürbar, aber weiterhin hoch (Mai 2014: 25,1%, Vorjahresmonat: 26,2%), insbesondere Jugendarbeitslosigkeit (April 2014: 53,5%, Vorjahresmonat: 55,5%); Erwerbstätigkeit legt seit Jahresende 2013 zu (+0,6 im 4. Quartal; +0,2% im 1. Quartal 2014)
- Stabilisierung der Bautätigkeit nach Abbau von Überkapazitäten
- Die (wenn auch immer noch sehr hohe) Verschuldung der Unternehmen (ohne Finanzinstitute) und der Haushalte sank bis Ende 2013 auf jeweils 129,7% bzw. 77,1% des BIP.
- Allmählicher Ausstieg aus dem FROB (und FGDEC) von Kapital öffentlich unterstützter Banken, so Anfang 2014 Verkauf von 7,5% Bankia-Anteil an institutionelle Investoren.
- OECD hat Spanien den fünftgrößten Reformeifer aller Industrieländer attestiert
- Verbesserung im World Competitiveness Index 2014 auf Rang 39 von Rang 45 in 2013 (insgesamt 148 Länder)



## Italien

### Maßnahmen:

#### Haushaltskonsolidierung

##### Ausgaben:

- Verfassungsänderung für ausgeglichene Haushalte (Schuldenbremse mit Verfassungsrang 2012 in Kraft getreten, Anwendung seit 2014)
- Kürzungen bei Zentral- und Lokalregierungen, weitere Einsparungen bei Verwaltung, Deckelung von Managergehältern im öffentlichen Sektor (4,5 Mrd. Euro), Justizreform
- Personalabbau im öffentlichen Dienst (jede fünfte Leitungsstelle und jede zehnte in den unteren Gehaltsgruppen), u.a. durch frühzeitige Pensionierungen; Einfrieren von Gehältern im öffentlichen Dienst
- Anpassung des Renteneintrittsalters an Lebenserwartung: Rente mit 66 Jahren für Männer und 62 Jahren für Frauen (schrittweise Anhebung bis 2018 auf ebenfalls 66 Jahre), Einschränkung der Frühverrentung, Wegfall Inflationsanpassung von Renten, Änderung der Berechnungsgrundlage von letztem Gehalt hin zu gezahlten Beiträgen (Rentenkürzung) – soll überarbeitet werden
- Sparpaket mit Volumen 26 Mrd. Euro (Kostenreduzierungen 4,5 Mrd. Euro 2012; 10,5 Mrd. Euro 2013; 11 Mrd. Euro; 2014 mit dem Stabilitätsgesetz 2014)
- Kürzungen bei Urlaubstagen und -geld sowie bei Essensgutscheinen im öffentlichen Dienst (soll 7 Mrd. Euro bringen), keine Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst 2014
- Keine neuen Dienstwagen und Immobilien (weder Leasing/Anmietung noch Kauf), Verkauf von Dienstwagen im öffentlichen Sektor
- Begrenzung von Beratungskosten im öffentlichen Dienst
- Kürzungen bei Zivilgerichten
- Verkauf staatlicher Immobilien (im Wert von 525 Mio. Euro im Dezember 2013; zwischen 2014 und 2016 sind Verkäufe im Wert von 1,5 Mrd. Euro geplant)

##### Einnahmen:

- Senkung Einkommensteuer für Geringverdiener (6,7 Mrd. Euro 2014) und regionale Unternehmensteuer von 3,9 auf 3,5% (700 Mio. Euro 2014), gegenfinanziert z. T. durch Erhöhung Quellensteuer auf Finanzerträge (ohne Erträge aus Staatsanleihen) von 20 auf 26% (2014: 600 Mio. Euro) und bestimmter Kapitalerträge von Banken
- Privatisierungen bis 2013 in Höhe von 8,8 Mrd. Euro
- Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20 auf 21%, weitere Erhöhung der MwSt (von 21 auf 22%, ermäßigt von 10 auf 11%) seit Oktober 2013
- Abschaffung von Steuererleichterungen, Bekämpfung der Steuerflucht (Obergrenze für Bartransaktionen; Wiederaufnahme von Gesprächen mit der Schweiz über Steuerabkommen)
- Luxussteuer auf Yachten, Privatflugzeuge und hubraumschwere Autos
- 3% „Solidaritätsabgabe“ bei Einkommen über 300.000 Euro bis Ende 2016
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer (zum 1. März 2013); Erhöhung seit 2014
- Einführung einer Steuer auf Immobilien und Finanzanlagen im Ausland (seit Steuerjahr 2012)
- Einführung „Service-Steuer“ zum Steuerjahr 2014
- Einführung einmaliger Abgaben für Teilnahme an bestimmten staatlichen Prüfungen und Ausschreibungen (seit 2014)

## Wettbewerbsfähigkeit

- Erleichterung bei Zeitverträgen (5 Verlängerungen, max. 36 Monate; zuvor: 1, max. 12 Monate), allerdings begrenzt auf 20% aller Arbeitsverträge eines Unternehmens
- Erleichterungen bei der Berufsausbildung, insbes. bei der Übernahme
- Reformen von Justiz (schnellere und günstigere Gerichtsverfahren u.a. durch Digitalisierung) und Bildungssystem (z.B. Förderung des Systems der beruflichen Fachausbildung)
- etwas leichtere Kündigungsmöglichkeiten für Festangestellte im privaten Sektor (auch für längerfristig bestehende Arbeitsverhältnisse, Abfindungsregeln statt „Zurückklagen“, Begrenzung der Entschädigung, verkürzte Kündigungsschutzklageverfahren)
- sachgrundlose Erstbefristung bis 12 Monate ermöglicht
- Möglichkeit, unterwöchige zivile Feiertage auf Freitag, Montag oder Sonntag zu verlegen, um Brückentage zu vermeiden
- Wachstumsprogramm „Cresci Italia“ mit Gesetz vom 23.3.2012 beschlossen und zum Teil umgesetzt, weitere wachstumsfördernde Sofortmaßnahmen mit Gesetzesdekret vom 18.10.2012 beschlossen; Vereinfachungen für die Gründung von Startups, Förderung der Realisierung von Infrastrukturprojekten (Kosten über 500 Mio. Euro) mit Beteiligung von Privatunternehmen durch Einräumung eines Steuerguthabens von bis zu 50%
- Liberalisierung im Handel (längere Ladenöffnungszeiten) und bei kommunalen Dienstleistungen; weniger Exklusivrechte, Möglichkeit zum Abweichen von den Mindestgebühren für bestimmte Berufe – stockt
- Digitalisierung des Katasterwesens zur Erleichterung von Eigentumsübertragungen
- Flexibilisierung der zumeist zentral geregelten Arbeitsverträge
- Arbeitsgeber und Gewerkschaften einigen sich auf Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, Aufhebung der Inflationsbindung
- Handwerksrechnung steuerlich absetzbar zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
- aber: lange Zahlungsfristen des Staates gegenüber Lieferanten (durchschnittlich 6 Monate), dadurch offene Forderungen von 90 Mrd. Euro der Lieferanten
- Lockerung des nationalen Stabilitätspaktes zur Begrenzung der kommunalen Schulden
- Befreiung Kleinunternehmer und Freiberufler von Gewerbesteuer (ab Steuerjahr 2014)
- erhöhte Gewerbesteuerabzüge auf Personalkosten (ab Steuerjahr 2014)
- Lohnsubventionen für unbefristete Beschäftigung junger Menschen
- Neuerungen im Bereich Arbeitslosenunterstützung mit Wirkung zum 1.1.2013
- Krediterleichterungen für KMU; Garantiefond für KMU 2014–2016: 1,6 Mrd. Euro
- Investitionen in Infrastruktur (ca. 2 Mrd. Euro im Jahr 2014)
- Investitionen in Schulen und Universitäten (ca. 3,9 Mrd. Euro im Jahr 2014)
- schnellere Auszahlung von Zahlungsrückständen bei Unternehmen (mind. 68 Mrd. bis Juli 2014)
- Erleichterungen im Verhältnis zu Steuerbehörden (durch vorgefertigte Steuererklärung, elektronische Fakturierung gegenüber öffentlicher Verwaltung)
- „Einkommensteuerbonus“ (Bonus IRPEF) in Höhe von 80 Euro/Monat auf Nettogehalt bei Jahreseinkommen bis 26.000 Euro (für private und öffentliche Angestellte)

## **Geplant: Haushaltskonsolidierung**

### **Ausgaben:**

- Verfassungsreform, insbes. Reduzierung der Überschneidungen und Verfahrensvereinfachung
- Weitere Pensionierungen im öffentlichen Dienst (aber: z.T. Besetzung der Stellen durch jüngere Kandidaten)

### **Einnahmen:**

- Erhöhung Mineralölsteuer
- Teilprivatisierung Post, Flugsicherung, Öl-/Gassektor, Schiffsbau, Bahnhofsbetrieb; insgesamt bis Ende 2014 8-9 Mrd. Euro
- aber: Einführung zusätzlicher Sozialhilfe, Verlängerung Arbeitslosenunterstützung

## **Wettbewerbsfähigkeit**

- Reform der Parteienfinanzierung
- Einführung von dualen Ausbildungsprogrammen nach deutschem und österreichischem Vorbild
- Liberalisierung im Postwesen (Trennung Postbank von herkömmlichen Postdienstleistungen), im Energiesektor und beim Eisenbahnverkehr, des Arzneimittelhandels, im Tankstellenbereich
- Senkung der Sozialabgaben für Festangestellte
- zusätzliche Bildungsinvestitionen (3,5 Mrd. für Schulen), ohne die 3%-Defizitgrenze zu gefährden
- Investitionsprogramm für Telekommunikationsnetze, für Sanierung von Schulen, von Giftdeponien und von Industriebrachen, Einstellung zusätzlicher Lehrer
- Reform des Wahlrechts und der Zuwanderung
- aber: Einführung von Mindestlöhnen
- Ausweitung der Arbeitslosenversicherungspflicht
- Erweiterung des „Einkommensteuerbonus“
- Reform des Immobilienmarktes

## **Nicht umgesetzt:**

### **Haushaltskonsolidierung**

#### **Ausgaben:**

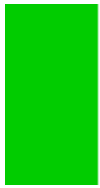
- Kürzungen von Pensionen und Bezügen von Abgeordneten
- Lockerung des nationalen Stabilitätspaktes zur Begrenzung der kommunalen Schulden
- weniger Geld für Provinzregierungen, Halbierung der Zahl der Provinzen bislang gescheitert
- Einschnitte im Gesundheitswesen

#### **Einnahmen:**

- Nur gut zur Hälfte: Privatisierungen im Rahmen von 15 Mrd. Euro über drei Jahre (z. B. Flughäfen, Netzbetreiber, staatliche Rückversicherungs- und Infrastrukturgesellschaften)
- Überprüfung des Systems für Arbeitslosengeld
- Senkung der Körperschaftsteuer

## Bisheriges Ergebnis:

- Rezession noch nicht endgültig überwunden (1. Quartal 2014: -0,1%; 4. Quartal 2013: 0,1% ggü. Vorquartal); Prognose 2014: +0,6 ; 2015 +1,2%
- Die Leistungsbilanz 2013 mit 1,5% im Plus; auch beim Warenhandel 2013 mittlerweile Überschuss in Höhe von über 1% des BIP
- Rückgang der Erwerbstätigkeit noch nicht gestoppt (1. Quartal 2014: -0,1%). Arbeitslosenquote steigt sogar auf 12,6% im Mai 2014 (Mai 2013: 12,1%)
- Lohnstückkosten steigen weiterhin stärker als in der Eurozone insgesamt
- Haushalt: 3%-Defizitgrenze bereits seit 2012 erfüllt, wenn auch knapp (2013 3%; Prognose 2014 2,6%; 2015 2,2%); abgesehen von Zinszahlungen weist der Staatshaushalt sogar spürbare Überschüsse aus (Primärüberschuss 2013: 2,2%); strukturelles Defizit (d.h. um konjunkturelle Effekte bereinigt) fast ausgeglichen (-0,9%), ausgeglichener Haushalt auf 2016 verschoben, um versprochenen Steuersenkungen zu finanzieren.
- Zinssatz für neue Staatspapiere 2014 auf niedrigsten Stand seit 2010 gesunken (3,316% im April 2014).



## Irland

### Maßnahmen:

#### Haushaltskonsolidierung

##### Ausgaben:

- Allein 2013 weitere Einsparungen i. H. v. 3,5 Mrd. Euro und in 2014 geplante Einsparungen von 3,1 Mrd. Euro. (Defizit 2012: 12,5 Mrd.- Defizit in 2013: 11,7 Mrd.), davon rd. ein Drittel Steuererhöhungen, zwei Drittel Ausgabenkürzungen
- Kürzung von Pensionen (weitere Kürzungen in 2014 geplant)
- Budget 2014: Abschaffung der Pensionsabgabe bis Ende 2014, Einführung einer 0,15% Abgabe für 2014 und 2015 gehaltene Anlagen
- Steuererleichterungen für Empfänger von Abfindungen/Einmalzahlungen in Bezug auf Rente oder Beendigung eines Arbeitsverhältnisses wurden im Oktober 2013 abgeschafft.
- Senkung der Gehälter im öffentlichen Dienst (5% der ersten 30.000 Euro, 7,5% Teil bis 40.000 Euro und 10% Teil bis 55.000 Euro), weitere Senkungen werden verhandelt
- Weitere Ausgabensenkungen u. a. in den Bereichen Gesundheit (aber kostenlose hausärztliche Versorgung für Kinder bis 5 Jahren (40 Mio. Euro)), Krankenversicherungen für Rentner, Kindergeld und Kindergeld-Sonderzahlungen, Arbeitslosenhilfe, Wohnungsgeld, Entwicklungshilfe, Bildung (aber Einstellung von über 1.250 Lehrkräften 2014), Wissenschaft, Unternehmen, Handel, Beschäftigung, Landwirtschaft, Fischfang, Nahrungsmittel, Kommunikation, Energie, Natürliche Ressourcen, Umwelt, Verkehr, Transport, Kulturerbe, Regionale Verwaltung, Verteidigung, Justiz, Rechtsreform, Tourismus, Kultur, Sport
- Streichung von 6.000 Stellen im öffentlichen Dienst 2012, Einsparungen von 400 Mio. Euro p.a.
- Ausgabensenkung für höhere Bildungseinrichtungen um 25 Mio. Euro (2014)
- Reduziertes Arbeitslosengeld von 100 Euro pro Woche für neu registrierte Arbeitslose unter 25 Jahren
- 2014: Kürzung Mutterschaftsgeld von 262 auf 230 Euro, Besteuerung seit 6. Januar 2014
- Einen Kinderfreibetrag gibt es in Irland nicht. Jedoch gab es bisher immer einen so genannten "one-parent family tax credit", den jedoch beide Elternteile in Anspruch nehmen konnten. Ab Januar 2014 wurde dieser umbenannt in "single person child carer tax credit" und gilt ausschließlich für den Hauptbetreuenden Elternteil des Kindes.
- Seit 2014 Steuergutschriften von 13,5% für Gebäude-Sanierungsmaßnahmen, um die Baubranche zu unterstützen
- Schuldenbremse (ohne Verfassungsrang)
- Weitere Lohnsenkungen sowie längere Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst werden 2013 verhandelt
- Erhöhung des Renteneintrittsalters 2014 auf 66 Jahre, 2021 auf 67 Jahre und 2028 auf 68 Jahre
- Zahlung Arbeitslosenbeihilfe sinkt von 12 auf 9 Monate (für diejenigen mit einem Sozialversicherungsbeitrag (PRSI) von 5 Jahren) und von 9 auf 6 Jahre (für diejenigen mit kürzerem Beitrag), Sozialhilfe von 188 Euro pro Woche bleibt bestehen.

##### Einnahmen:

- Privatisierung des Energiekonzerns für 1,12 Mrd. Euro (bislang größte Privatisierungsmaßnahme)
- Aufhebung Beitragsbemessungsgrenzen für Sozialversicherungen

- Steuervergünstigungen für Krankenversicherungen auf Versicherungsprämien von bis zu 1000 Euro/Jahr für Erwachsene und 500 Euro/Jahr für Kinder gestrichen
- Strengere Regelungen für kostenlose Krankenversicherungskarten (113 Mio. Euro)
- Mineralölsteuererhöhungen für Diesel und Benzin, Erhöhung der Zulassungssteuer für Kraftfahrzeuge und der Kfz-Steuer (keine weiteren Erhöhungen für 2014 geplant)
- Übergangsweise Einführung einer Flugverkehrssteuer von 3 Euro pro Fluggast, seit 1.3.2011 – diese ist im April 2014 wieder gestrichen worden, um den Tourismussektor zu fördern.
- Einführung Kohlenstoffemissionssteuer mit 15 Euro pro Tonne (Dez. 2009), Erhöhung auf 20 Euro seit Mai 2012
- Anpassung der Steuergrenzbeträge, maximalen Einkommensteuersatz. Bsp. Alleinstehende: von 41% ab 32.800 statt 36.400 Euro
- Senkung Einkommensteuerfreibeträge von 1.830 auf 1.650 Euro, seit 2011
- Anhebung der MwSt. von 21 auf 23% seit 2012
- Anhebung der Zinssteuer auf 41% (2014)
- Erhöhung Kapitalertrags- und Grunderwerbsteuer von 20 auf 30% seit 2012 und auf 33% seit 2013
- Erhöhung der Kapitalerwerbsteuer (Capital Acquisitions Tax) von 30 auf 33%
- Erhöhungen der Tabaksteuer um 2 x 25 Cent für 20 Zigaretten, 2009 und Ende 2011 und um 10 Cent ab 6. Dezember 2012. Weitere Erhöhung um 10 Cent für 20 Zigaretten im Oktober 2013
- Erneute Erhöhung Alkohol-Verbrauchssteuern im Oktober 2013: für Wein um 50 Cent pro 0,75 l Flasche, für Bier (Pint) und Spirituosen um 10 Cent.
- Besteuerung der Boni von Bankangestellten, deren Bank vom irischen Staat gerettet wurde, mit 90%
- 0,15% Abgabe auf Fonds 2014 und 2015
- Einführung der Universal Social Charge, die die Einkommens- und Gesundheits-Sonderabgaben ablöst, je nach Einkommensniveau bis 7% des Jahreseinkommens (seit 2011)
- Senkung der Steuerfreibeträge bei Erbschaften, seit 2009
- Erhöhung der Studiengebühren
- Abschaffung von Steuererleichterungen bei Abfindungen seit 2013
- Immobiliensteuer von 100 Euro seit 2012 und von 95 bis 1.755 Euro pro Wohneinheit seit 2013
- 2014: Bankenabgabe, (150 Mio. Euro/Jahr)
- Einführung Trinkwasserabgabe i. H. v. etwa 250 bis 400 Euro pro Haushalt, im 4. Quartal 2014
- Immobiliensteuer derzeit 100 Euro pro Wohneinheit – geplant Grundsteuer
- seit Juli 2013: Vermögensteuer auf Wohneigentum von 0,18% bis zum Vermögen von 1 Mio. und 0,25% auf Vermögen, das über dieser Grenze liegt. Erstkäufer für 3 Jahre von der Steuer befreit.
- seit 2014 werden Vermögenseinkommen mit einer Sozialversicherungsabgabe belastet (Mieteinnahmen, Kapitalerträge, Dividenden und Zinsen). Der jährliche Mindestbeitrag von Selbstständigen wird von 253 Euro auf 500 Euro erhöht.

## Wettbewerbsfähigkeit

- Gesetz zur Lohnflexibilität für Anpassungen einzelner Unternehmen und Branchen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten
- Lockerung von Wettbewerbsbeschränkungen (Rechtsberatung, Gesundheitswesen, Apotheken, Energie- und Wassersektor)
- Restrukturierung maroder Banken sogar über Zeitplan (Fusionen, Erneuerung des Managements)
- mehr Wettbewerb im Energie- und Wassersektor
- Beibehaltung des 12,5% Körperschaftsteuersatzes



## Geplant: Haushaltskonsolidierung

### Einnahmen:

- weitere Erhöhung der Steuern auf Tabak, Alkohol sowie auf Finanztransaktionen und einige Vermögenserträge
- Verkauf von Lotterielizenzen
- 2013 musste der Staat weitere 3,1 Mrd. Euro und 2014 erneut 3,1 Mrd. Euro an Einnahmen generieren, um den Haushalt langfristig auszugleichen
- insgesamt Senkung Staatsdefizit von 2011 bis 2014 um 15 Mrd. Euro, davon 10 Mrd. Euro Ausgaben senkungen und 5 Mrd. Euro Einnahmenerhöhungen

### Nicht umgesetzt:

- Absenkung des Mindestlohns von 8,65 Euro auf 7,65 Euro

### Bisheriges Ergebnis:

- Irland konnte das ESM-Hilfsprogramm Mitte Dezember 2013 verlassen. Bereits im Juli 2012 war das Land erfolgreich an die Finanzmärkte zurückgekehrt, im März 2013 auch mit zehnjährigen Anleihen. Ende 2011 hatte der Zinssatz für zweijährige fast bei 10% gelegen, am Jahresende 2013 unter 2% (zehnjährige: 2011 über 14%, im April 2014 ca. 3,0%).
- Wachstumstrend der irischen Wirtschaft unter dem Strich aufwärts gerichtet (4. Quartal 2013 -2,3%, nach +2,1 und +1,1% in den Vorquartalen). 2014 wird ein Wirtschaftswachstum von 2,0% erwartet.
- Sparquote mit 12,3% vergleichsweise hoch
- Staatsdefizit wurde von 2011 bis 2014 um 15 Mrd. Euro gesenkt (Prognose 2014 4,0%), davon 10 Mrd. Euro Ausgaben senkungen/5 Mrd. Euro Einnahmenerhöhungen
- Insgesamt Einsparungen von 32 Mrd. Euro von 2008 bis 2014
- Leistungsbilanz bereits seit 2010 wieder deutlich im Plus (2013 +6,6%, 2014 sollen es sogar +7,4% werden)
- Haushaltsdefizit schmilzt (2013: 7,2%; 2009 bis 2011 wegen der Bankenstützung zweistellige Defizite); Schuldenstand sogar etwas niedriger als im ersten Hilfsprogramm vereinbart
- strukturelles Defizit (d.h. um konjunkturelle Effekte bereinigt) seit 2009 von 12 auf unter 7% zurückgegangen, ab 2014 Haushaltsdefizit fast nur noch wegen Zinszahlungen (Primärdefizit ca. -0,1%)
- Preisniveau seit 2008 spürbar gesunken, mittlerweile stabil, damit weiterer Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit
- Lohnstückkosten um 10% gesunken seit 2009 (vor allem wegen Produktivitätssteigerung, auch durch Sektorverschiebung zulasten der Bauwirtschaft)
- Erwerbstätigkeit steigt weiter spürbar, Arbeitslosigkeit sinkt seit 2012, im Mai 2014 bei 12,0% (Vorjahresmonat: 13,9%; 2008: 4%)
- Beschäftigungsanteil der Bauwirtschaft von 20 auf rd. 12% gesunken; Häuserpreise stabilisiert
- Beschäftigung im öffentlichen Dienst gesunken (seit 2008 um 9%)
- OECD attestiert Irland nach Griechenland den größten Reformeifer aller Industrieländer
- Mieten und Immobilienpreise steigen seit der zweiten Jahreshälfte 2012 wieder, insbesondere in Dublin



## Griechenland

### Maßnahmen:

#### Haushaltskonsolidierung

##### Ausgaben:

- längere Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst (40 Std.)
- Streichung des 13. und 14. Monatsgehaltes (Weihnachts-, Oster- sowie Urlaubsgeld im öffentlichen Sektor endgültig abgeschafft, das Jahresgehalt sowie die Renten wurden in Griechenland grundsätzlich 14 Mal ausgezahlt)
- Pensions- und Rentenkürzung um 5 bis 15% ab 1.000 Euro im Rahmen des Anpassungsprogramms 2013-2016. Insgesamt seit 2010 Pension- und Rentenkürzungen schätzungsweise bis 45%, Streichung von Zuschuss für Rentenversicherung, Zwangsvereinigung aller Rentenkassen, Kostenobergrenzen für Verwaltung und Personal
- Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre seit 01. Januar 2013, jedoch weiterhin keine einheitliche Regelung
- Einheitliches Tarifsystem für Angestellte in Staatsunternehmen (Höchstgrenze 1.900 Euro im Monat) Gehaltskürzung für Angestellte in Staatsunternehmen (seit November 2012 –20 %)
- Neueinstellungen im öffentlichen Sektor nur nach begrenzender Quote: 1:5 bis 2015 (für die durch Eintritt in den Ruhestand freigewordenen Arbeitsplätze)
- Abbau von 150.000 Stellen im öffentlichen Dienst bis 2015 stockt (bis Jahresende 2014 noch etwa 15.000)
- Mobilitätsschema von 25.000 Beamten bis Ende 2013 mit gleichzeitiger Gehaltskürzung (auf 75% des anfänglichen Gehalts) – stockt
- Streichung Kindergeld (für drei und mehr Kinder) für Familien mit mind. 18.000 Euro Grundeinkommen; Senkung um 1/3 bei bis 12.000 Euro; Senkung um 2/3 bei mehr als 12.000 und bis 18.000 Euro
- Einsparungen im Gesundheitswesen, unter anderem durch höhere Eigenbeiträge der Versicherten beim Kauf von Medikamenten, Schließung und Zusammenlegung zahlreicher Krankenhäuser, elektronische Medikamentenverschreibung, 25 Euro für die Einlieferung ins Krankenhaus, Preissenkungen bei den Medikamenten (Aktualisierung alle drei Monate), Senkung der Gewinnspanne der Apotheken (auf 15% ab Januar 2014)
- Senkung des Arbeitslosengeldes von 461,50 auf 360 Euro unter strengen Einkommen
- Abschaffung von zahlreichen Lohnzuschüssen im öffentlichen sowie im privaten Sektor
- Kürzungen und Reform im Sozialwesen (Kürzungen von Sozialleistungen), Verteidigung, Verwaltung, etc.
- Einheitliches Kontrollsystem für Rentenzahlungen
- Einführung eines einjährigen Arbeitslosengeldes für Langzeitarbeitslose (seit 2014)
- Einführung einer elektronischen Plattform für staatliche Beschaffungen (seit Juli 2013)
- Einführung eines zentralen Beschaffungssystems für Krankenhäuser
- Einführung von Ausgabengrenzen und Online-Meldepflichten zur Etatplanung
- Schließung und Zusammenlegung von staatlichen Unternehmen und Einrichtungen
- Schuldenbremse

**Einnahmen:**

- Pilotprojekt zur Mindesteinkommens-Gewährleistung (Sozialhilfe, seit 2014)
- Besteuerung der Landwirte mit 6%
- Anhebung des Steuersatzes für Zinseinkünfte auf 15% (von 10%)
- Einführung eines Solidarzuschlags auf das Gesamteinkommen (1 bis 4%) über 12.000 Euro bis 2018.
- Steuerreform: Verschärfung der Strafverfolgung bei Steuern, Abschaffung der Steueramnestie, Einführung von MwSt für Rechts- und notarielle Dienstleistungen, Abschaffung des Steuerfreibetrags (ab einem Jahreseinkommen von 42.000 Euro)
- Abschaffung des Steuerfreibetrags für Freiberufler, Änderung der Steuerskala (22%, 32%, 42%), Abschaffung von Steuererleichterungen MwSt-Erhöhung von 21 auf 23%, Kfz-Luxussteuer (seit 2014)
- Einführung einer einheitlichen Grundstückssteuer (auch für Ackerland), die voraussichtlich weiterhin über die Stromrechnung eingezogen wird, Anhebung der Steuer auf Flüssiggas für Fahrzeuge um 0,23 Euro/Liter
- Minderung des MwSt-Rückzahlungs-Satzes für Landwirte von 11 auf 6%, Sonderverbrauchssteuer für Diesel für die Landwirtschaft +0,045 Euro, Erhöhung der Besteuerung von Tabakwaren, Benzin-, Heizöl- und Alkoholsteuer +10%, Gewinne aus Aktiengeschäften und aus Immobilientransaktionen mit 15% besteuert (seit 2014)
- Neues System zur Zahlung der Kfz-Steuern
- MwSt-Erhöhung von 21 auf 23%
- Privatisierung des Glücksspielunternehmens OPAP: 33% wurden für 652 Mio. Euro verkauft, Verkauf Anteil an Gasversorger für 400 Mio. Euro in Vorbereitung
- verstärkte Steuerkontrollen, ggf. Sanktionen wie 48stündige Zwangsschließungen; Verschärfung der Strafverfolgung (seit Mitte 2012 600 Steuerhinterzieher in Haft genommen, sofortige Begleichung von Steuerschulden (statt in Raten), regelmäßige Stellenwechsel und Überprüfung von Finanzbeamten
- aber: Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie von 23 auf 13% (im Gegenzug Selbstverpflichtung zu entsprechenden Preissenkungen)
- Einführung einer Gebühr von 0,20 bis 1 Euro pro Stromanschluss pro Jahr
- Erhöhung der Mautgebühren bis 60% zur Wiederaufnahme der Bautätigkeiten auf den vier großen Autobahnen (mit der Unterstützung der EU und der Europäischen Investitionsbank, PPP-Konzessionsverträge)

**Wettbewerbsfähigkeit**

- Deregulierung bei Energie und Verkehr
- Fusion der Investitions- und der Außenhandelsgesellschaft zu „Enterprise Greece“
- Einrichtung eines „Ombudsmanns“, der sich um Probleme von Investoren mit der öffentlichen Verwaltung (z. B. Verzögerungen bei der Lizenzvergabe, Raumplanung und Stadtbau) kümmert
- Zulassung von Apothekenketten
- Deregulierung des Milchverkaufs
- Liberalisierung der Buchpreise
- neues Restrukturierungsgesetz für Banken
- Senkung Kündigungsfrist bei Entlassungen, gesetzliche Abfindungszahlungen bei Kündigungen deutlich reduziert,
- Senkung des Mindestlohns von 751 auf 586 Euro, für unter 25-jährige auf 510,95 Euro
- Einfrieren der Beamtgehälter, bis die Arbeitslosigkeit auf 10% fällt
- Abschaffung der Anwaltpflicht bei Hauskäufen, Senkung der Anwaltsgebühren
- Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeitanpassungen auf Betriebs- statt Branchenebene (auch Einzelverträge), freie Vereinbarung möglich

- Öffnung geschützter Berufe (Taxi, Speditionen, Apotheken, Optiker, Makler, Buchhalter, Tankstellen, Fremdenführer u.a.) beschlossen. Umsetzung stockt teilweise (ca. 75% von den rund 350 Berufen)
- Babynahrung, Nahrungsergänzungsmittel, Medizin, Brot und Brötchen auch in Supermärkten erhältlich; Verkaufsverbot für abgepackte Waren von nicht spezialisierten Geschäften (Fleisch, Käse, Fisch) aufgehoben
- Arbeitszeitflexibilisierung im Einzelhandel
- Verkauf von Waren unter Einstandspreis erlaubt
- Einführung von verkaufsoffenen Sonntagen (auf freiwilliger Basis)
- Einführung von neuen Saisonschlussverkaufszeiten (im Herbst und im Frühling)
- flexible Öffnungszeiten der Apotheken (auch Samstag)
- Vereinfachung der Exportverfahren
- Einführung einer nationalen Exportstrategie
- Abschaffung der Pflichtveröffentlichung von Bilanzen in Printmedien
- Schaffung eines Bankkontenregisters (ab Oktober 2013)
- Förderung der Mediation und des Schiedsgerichtsverfahrens
- Bewertung von allen Beamten
- Beschleunigung der Privatisierung von Staatsunternehmen und Verwertung des öffentlichen Vermögens (Bahngesellschaft, Häfen und regionale Flughäfen), Abschaffung der Mindestbeteiligung an zu privatisierenden Staatsunternehmen- stockt
- Senkung Kündigungsfrist von 6 auf 4 Monate, gesetzliche Abfindungszahlungen bei Kündigungen deutlich reduziert
- Abbau bürokratischer Hürden (Mindesthonorare, geografische und demografische Beschränkungen, Vertriebsexklusivitäten und -verbote, Zollformalitäten)
- Bürokratische Erleichterung bei Baugenehmigungen und bei Insolvenzverfahren
- Rekapitalisierung der vier systemrelevanten griechischen Banken – Bankfusionen
- Einführung einer neuen Unternehmensform (private Kapitalgesellschaft) und eines neuen allgemeinen elektronischen Handelsregisters ([www.businessportal.gr](http://www.businessportal.gr))
- Verbesserungen der amtlichen Statistiken

## Geplant:

### Haushaltskonsolidierung

#### Ausgaben:

- Einführung von Ausgabengrenzen und Online-Meldepflichten zur Etatplanung
- weitere Kürzung von Sozialleistungen
- Schließung und Zusammenlegung von staatlichen Unternehmen und Einrichtungen

#### Einnahmen:

- Grundstückssteuer (2 Mrd. Euro), die über die Stromrechnung eingezogen wird
- Senkung der eingeführten Immobiliensondersteuer (-15%), jedoch zukünftig Erhöhung der Berechnungsbasis

### Wettbewerbsfähigkeit

- Aufbau einer Förderbank „Institution of Growth“ geht 2014 nach mehreren Jahren Planung voran
- Nationale F&E-Strategie (Förderung von Kooperationen, Internationalisierung, Gründungen)
- Reform der Zivilprozessordnung
- Schaffung eines modernen Katasteramts
- Änderungen beim Streik- und Gewerkschaftsrecht
- Erleichterter Zugang zu EU-Strukturfondsmitteln seit September 2011

## Bisheriges Ergebnis:

- Platzierung 3-jähriger Staatsanleihe für 3,375% im Juli 2014; Zinssatz für 10-jährige Staatsanleihen am Sekundärmarkt auf unter 6,205% (April 2014) gesunken – so günstig wie zuletzt 2009
- Rückkehr an den Kapitalmarkt mit 5jähriger Staatsanleihe Mitte April 2014 für 4,95%
- öffentliche Verschuldung zwischen 2012 und 2013 von 157,2 auf 175,1% des BIP gestiegen. Im Jahr 2014 soll sie moderat auf 177,2% wachsen
- Warenexporte +1,8% 2013 (nachlassende Dynamik ggü. Vorjahren); Importe seit 2007 um rund ein Drittel eingebrochen; weiterhin Handelsbilanzdefizit; Leistungsbilanzdefizit 2013 bei 2,4%.
- wegen der Anpassung der Binnennachfrage schrumpft Wirtschaft vorerst weiter (-4%), positives Gesamtjahreswachstum voraussichtlich erst ab 2014 (0,6%)
- Industrieproduktion stabilisiert sich allmählich
- Beschäftigung schrumpft seit 2009, stabilisiert sich aber inzwischen zumindest (4. Quartal 2013: +0,2%; 1. Quartal 2014: -0,1%); Arbeitslosigkeit sinkt mittlerweile langsam (April 2014 26,8%; Höchststand November 2013 mit 28%; Altersgruppe bis 24 Jahre zuletzt 57,7%).
- Abbau von 200.000 Stellen im öffentlichen Dienst (Gesamtbeschäftigtenzahl Dezember 2014: ca. 640.000)
- verfügbares Einkommen der Haushalte schrumpfte zwischen 2009 und 2012 um 30%
- Inflation ist die geringste im Euro-Raum, zuletzt Preisniveau sogar rückläufig (Juni 2014 -1,5%).
- Lohnstückkosten 2009-2012: -8%
- Bruttoinvestitionen von 2007 bis 2012 auf 41% zusammengeschmolzen, Kapitalstock schrumpft (Abschreibungen größer als Bruttoinvestitionen)
- Schuldenschnitt für private Gläubiger (rd. 105 Mrd. Euro, vor allem Banken und Versicherungen, nicht für öffentliche Gläubiger); dadurch sollte der griechische Schuldenstand bis zum Jahr 2020 von 160 auf 124% des BIP verringert werden, bis 2022 auf 110%. EU gewährt weitere 100 Mrd. Euro bis 2014
- Staatsdefizit steigt 2013 auf 12,7; Für 2014 jedoch wird ein Primärüberschuss ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen von 2,8% erwartet, mit einem gesamtstaatlichen Defizit von nur 1,6; Primärausgaben (ohne Zinsen) von 2009 bis 2012 um 22% gesunken; strukturelles Defizit (d.h. um konjunkturelle Effekte bereinigt) seit 2009 von 15% deutlich zurückgegangen, 2013 sogar schon Überschuss in Höhe von 2%
- Staatsausgabenquote trotz BIP-Rückgangs von 54 auf 47% gesunken (2009 bis 2013); Staatseinnahmenquote von 38 auf 43% gestiegen, Nachholbedarf sieht der IWF v. a. bei Steuereinnahmen
- OECD hat Griechenland den größte Reformeifer aller Industrieländer attestiert



## Zypern

### Maßnahmen:

#### Haushaltskonsolidierung

##### Ausgaben:

- weitere Kürzung aller Beamtengehälter und -pensionen um 3% (zuzüglich der bereits vorgenommenen Gehaltskürzungen zwischen 0,8 und 14,5% für Staatsbedienstete (weniger als 1.000 Euro bzw. mehr als 4.000 Euro Monatseinkommen))
- alle Renten sollen um weitere 3% gekürzt werden
- Zusätzlich zu den bis Ende 2015 vereinbarten Einsparungen und Ausgabensenkungen im Volumen von 5% der Wirtschaftsleistung sollen bis 2018 noch weitere 4,5% des Bruttoinlandsprodukts folgen.
- Schuldenbremse
- Begrenzung der Kindergelder, Studentenunterstützung, Lohnzuschüsse etc.

##### Einnahmen:

- zusätzliche Immobiliensteuern in Höhe von 70 Mio. Euro
- Erhöhung der Unternehmensteuer von 10 auf 12,5% rückwirkend zum 1.1.2013
- Erhöhung der Steuern für Tabak und Alkohol
- Erhöhung der Sondersteuer auf Treibstoffe um 5 Cent/Lt
- Mehrwertsteuererhöhung von 18 auf 19% und von 8 auf 9%
- Staat soll durch Privatisierungen verschlankt werden, Privatisierungsgesetz wurde am Ende Februar zunächst gestoppt, Anfang März unter Berücksichtigung von Arbeitnehmerrechte im Parlament auf dem Weg gebracht
- Verdoppelung des Steuersatzes für Zinseinkünfte auf 30%
- Zwangsabgabe von 47,5% auf Bankeinlagen ab 100.000 bei ausgewählten Banken soll 5,8 Mrd. Euro bringen und ermöglicht Kredit von EZB, IWF und EU in Höhe von 10 Mrd. Euro
- unabhängige Evaluierung der Anti-Geldwäschemassnahmen und ggf. Anpassungen
- Einführung einer Gebühr bei der Vergabe von Monatskarten für den öffentlichen Nahverkehr für Schüler und Rentner
- Einführung einer Abgabe in Höhe von 1,5% auf die Bruttogehälter für die Gesundheitsversorgung
- Erweiterung der Sonderabgabe auf alle Bruttogehälter und Renten bis zum 31.12.2016 (2,5-3,5% ab 1.501 Euro bzw. mehr als 3.501 Euro Bruttomonatseinkommen)
- Erhöhung der Sozialbeiträge um 2% (im Angestelltenverhältnis: 1% für Arbeitnehmer, 1% für Arbeitgeber)
- Erhöhte Einnahmen durch die Modernisierung der Kfz-Besteuerung nach umweltfreundlichen Kriterien
- Besteuerung aller Witwenrenten

## Wettbewerbsfähigkeit

- Steuererleichterungen für Neueinstellungen, 40% Lohnsubvention für Arbeitsplätze im Tourismus
- Kürzung der Unterstützung der Leistungen für Arbeitslose, die zweimal eine Arbeit ablehnen
- Verkleinerung des zyprischen Bankensektors bis 2018 auf den EU-Durchschnittswert
- Abwicklung der Laiki Bank (Cyprus Popular Bank, CPB Bank). CPB Bank in eine „bad bank“ und eine „good bank“ gesplittet. Die „good bank“ fusionierte mit der Bank of Cyprus.
- Rekapitalisierung der Bank of Cyprus unter Einbindung der Eigentümer und Anleihegläubiger (Zwangsgabgabe auf Bankeinlagen ab 100.000). Trotz der Fortschritte dauert das Verfahren länger als vorgesehen.
- Restrukturierung der Genossenschaftsbanken über das Hilfspaket (1,5 Mrd. Euro) Reduzierung der Genossenschaftsinstitute von über 90 auf 18
- Rekapitalisierung der Hellenic Bank durch drei Privatinvestoren ohne staatlichen Bail out
- Lockerungen bei den Kapitalverkehrskontrollen, z.B. bei Barabhebungen und Überweisungen; Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen für Ende 2014 geplant
- neue Klassifikation der notleidenden Kredite seit 1.7.2013
- Einrichtung eines zentralen Kreditregisters für Genossenschafts- und andere Banken
- Rechtsrahmen für einen Anti-Geldwäsche-Aktionsplan in Vorbereitung
- Reform des Sozialstaates ab Juli 2014 – Einführung eines sozialen Mindesteinkommens und einer sozialen Rente nach Einkommenskriterien
- Steuerreform
- Reform des Gesundheitssystems, Einführung eines Allgemeinen Gesundheitsplans
- Gesetz für Private-Public-Partnership-Projekte in Vorbereitung
- flexible Arbeitszeiten im öffentlichen Sektor
- Liberalisierung der Öffnungszeiten der Geschäfte
- Das indizierte System der automatischen halbjährlichen Anpassung von Löhnen und Gehältern an die Inflationsrate im öffentlichen Sektor und in den Banken gestoppt.

## Bisheriges Ergebnis:

- Wirtschaft steckt noch in Rezession (1. Quartal 2014: -0,7% ggü. Vorquartal); erste positive Wachstumsprognose für 2015 (0,4%); Gesamtjahr 2013: -5,4%; Prognose 2014 -4,2%.
- Die öffentliche Verschuldung steigt von 111,7% des BIP im Jahr 2013 auf 122,2% 2014. Trend soll gemäß den EU-Prognosen auch in den nächsten Jahren anhalten (2015: 126,4%).
- Lohnstückkosten auch 2013 gesunken (-5,8%, 2014 voraussichtlich -2,8%), Preisniveau stabil, somit Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit
- Exporte sind 2013 gegenüber dem Vorjahr um 4,2% zurückgegangen, Importe sogar um 14,1%; auch 2014 keine Besserung
- Beschäftigung schrumpft merklich; Arbeitslosigkeit geht erstmals wieder zurück (Mai 2014: 15,3%, Vorjahresmonat: 15,9%)
- April 2014 Rückkehr an den Kapitalmarkt Platzierung von 100 Mio. Euro zu 6,5 %

